

Übersicht

über die gefassten Beschlüsse in der 12. Sitzung des Ausschusses für Soziales und Integration des Rhein-Sieg-Kreises am 23.11.2023:

TO.- Punkt	Beratungsgegenstand	Beschluss-Nr./ Ergebnis	Abstimm- ungser- gebnis
	Öffentlicher Teil		
	Allgemeines und Geschäftsordnungsangelegenheiten		
1.	Niederschrift über die 10. Sitzung des Ausschusses für Soziales und Integration am 09.05.2023		anerkannt
2.	Schutzangebote für Frauen		
2.1.	Antrag der Fraktionen CDU und GRÜNE: Erstellung eines Frauen- und Kinderschutzkonzeptes	56/23	einstimmig
2.2.	Antrag der SPD-Fraktion vom 11.09.2023: Drittes Frauenhaus für den Rhein-Sieg-Kreis		vertagt
3.	Antrag des Vereins 'Frauen helfen Frauen Troisdorf e.V.' vom 18.10.2022 auf finanzielle Förderung der Nachsorge nach Frauenhausaufenthalt; hier: Aufhebung des Sperrvermerks	57/23	einstimmig
4.	Antrag des Vereins Frauen helfen Frauen e.V. vom 29.09.2023 auf Übernahme von Sach- und Verwaltungskosten für die Nachsorge nach Frauenhausaufenthalt	58/23	einstimmig

5.	Frauenhaus des Rhein-Sieg-Kreises; hier: neue Entgeltordnung	59/23	einstimmig
6.	Förderung der Betreuungsvereine mit Sitz im Rhein-Sieg-Kreis		
6.1.	Förderung der Betreuungsvereine in den Jahren 2023 und 2024; hier: Aufhebung des Sperrvermerks	60/23	einstimmig
6.2.	Förderung der Betreuungsvereine; hier: Neufassung der Richtlinie zur Förderung der Betreuungsvereine mit Sitz im Rhein-Sieg-Kreis	61/23	einstimmig
7.	Stärkungspakt NRW - Stand der Umsetzung		
8.	Kommunales Integrationsmanagement (KIM) - Aktuelle Entwicklungen		
9.	Vorstellung der diesjährigen Arbeit des Runden Tisches gegen häusliche Gewalt		
10.	Mitteilungen und Anfragen		
	Nichtöffentlicher Teil		
11.	Mitteilungen und Anfragen		

N i e d e r s c h r i f t

über die gefassten Beschlüsse in der 12. Sitzung des Ausschusses für Soziales und Integration des Rhein-Sieg-Kreises am 23.11.2023:

Sitzungsbeginn: 16:00 Uhr
Sitzungsende: 17:09 Uhr
Ort der Sitzung: Kreistagssaal
Datum der Einladung: 09.11.2023

Anwesende Mitglieder:

Kreistagsfraktion CDU

Herr Matthias Schmitz
Frau Hildegard Helmes
Herr Dirk Beutel
Frau Monika Grünewald
Frau Stephanie Orefice
Frau Jessica Thielen

Kreistagsfraktion GRÜNE

Herr Wolfgang Haacke
Frau Lisa Anschütz
Frau Manuela-Franziska Gardeweg
Herr Sven Kraatz i.V.f. KTM Zorlu

Kreistagsfraktion SPD

Frau Katja Ruiters
Frau Heike Borowski
Frau Cornelia Mazur-Flöer

Gruppe Volksabstimmung

Herr Dr. Ing. Helmut Fleck

Sachkundige/r Bürger/innen CDU

Frau Anna Diegeler-Mai
Frau Katharina Gebauer
Frau Safia Reinbold
Herr Wilfried Wieland

12. Sitzung des Ausschusses für Soziales und Integration am 23.11.2023		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

Sachkundige/r Bürger/innen GRÜNE

Frau Brigitte Kemnitz

i.V.f. KTM Gödecke

Herr Klaus Knein

i.V.f. KTM Palonen-Heiße

Sachkundige/r Bürger/innen SPD

Herr Harald Eichner

Frau Claudia Engler

Sachkundige/r Bürger/innen FDP

Herr Markus Leimbach

Sachkundige/r Bürger/innen AfD

Frau Christa Stein

Sachkundiger Einwohner SozA

Herr Patrick Ehmann

Schriftführer/in

Frau Nadine Klein

Entschuldigt fehlten:Kreistagsfraktion GRÜNE

Frau Pauline Gödecke

Frau Tarja Helena Palonen-Heiße

Herr Erkan Zorlu

Kreistagsfraktion FDP

Frau Silke Josten-Schneider

Vertreter/innen der Verwaltung

Frau Thiel

Herr Grünhage

Frau Lübbert

Frau Barth

Frau Dinstühler

Herr Wolski

Frau Milde

12. Sitzung des Ausschusses für Soziales und Integration am 23.11.2023

TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.
-----	---------------------	-----------------------

Öffentlicher Teil

	Allgemeines und Geschäftsordnungsangelegenheiten	
--	--	--

Zu Beginn der Sitzung begrüßte die Vorsitzende, Kreistagsmitglied (KTM) Katja Ruiters, alle Anwesenden. Sie hieß dabei insbesondere die neue Dezernentin für Gesundheit und Soziales, Versorgung und kommunale Integration, Frau Ursula Thiel, willkommen, die in ihrer neuen Funktion erstmalig an der hiesigen Ausschusssitzung teilnehmen werde.

Hiernach verwies sie auf die Einladung vom 09.11.2023 und stellte fest, dass diese form- und fristgerecht erfolgt sei. Im Zuge dessen erklärte sie sich als leitende Angestellte bei der Arbeiterwohlfahrt hinsichtlich des Tagesordnungspunktes 6 für befähigt, sodass die Sitzung hier von der stellvertretenden Vorsitzenden, KTM Helmes, geleitet werde.

Einwände gegen die Tagesordnung wurde nicht vorgebracht.

Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde die neue sachkundige Bürgerin (SkB) Katharina Gebauer verpflichtet.

1	Niederschrift über die 10. Sitzung des Ausschusses für Soziales und Integration am 09.05.2023	
---	---	--

Es wurden keine Einwände gegen die Niederschrift erhoben, sodass die Niederschrift damit als anerkannt gilt.

2	Schutzangebote für Frauen	
---	---------------------------	--

2.1	Antrag der Fraktionen CDU und GRÜNE: Erstellung eines Frauen- und Kinderschutzkonzeptes	
-----	---	--

KTM Schmitz schilderte eingangs, der Antrag seiner Fraktion ziele auf die Erstellung eines Frauen- und Kinderschutzkonzeptes ab.

Zwar hätten sich die Schutzangebote für Frauen und Kinder über die letzten Jahre deutlich verbessert, was sich unter anderem in der konzeptionellen Weiterentwicklung der Frauenhäuser im Rhein-Sieg-Kreis, aber auch an der Etablierung einer Männerberatung erkennen ließe. Nichtsdestotrotz sei im Rahmen eines Gutachtens zugleich festgestellt worden, dass die Verweildauer der schutzsuchenden Frauen in den Frauenhäusern häufig länger als zwingend

12. Sitzung des Ausschusses für Soziales und Integration am 23.11.2023

TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.
-----	---------------------	-----------------------

erforderlich sei, was mit der schwierigen Wohnungsmarktsituation einhergehe. Ein möglicher Lösungsansatz wäre die Schaffung niederschwelliger regionaler Schutzangebote am Beispiel der Schutzwohnungen in der Stadt Hennef. Hinzukommend stelle der Ausbau bzw. die Optimierung der bereits im Rhein-Sieg-Kreis vorhandenen Schutzplätze eine weitere Option dar. Diese Aspekte sollen im beantragten Konzept Berücksichtigung finden, sodass im Ergebnis Handlungsoptionen entwickelt werden, die auf eine bedarfsgerechte Betreuung der betroffenen Frauen und Kinder abzielen. Der Auftrag soll dabei losgelöst vom bundespolitischen Vorhaben der Regelfinanzierung von Frauenhäusern betrachtet werden, dessen Auswirkungen derzeit nicht absehbar seien.

KTM Haacke schloss sich seinem Vorredner an und ergänzte, dass die Schutzangebote für Frauen und Kinder zukunftsfähig ausgebaut werden müssen. Da die Erstellung eines solchen Schutzkonzeptes allerdings herausfordernd sei, regte er an, die Verwaltung im Rahmen eines interfraktionellen Arbeitskreises zu unterstützen.

KTM Mazur-Flöer sprach sich im Namen ihrer Fraktion für den Antrag aus und teilte den Vorschlag eines interfraktionellen Arbeitskreises. Der Auftrag sei zu weit gefasst, sodass der Verwaltung zunächst eine Art Kriterienkatalog vorgelegt werden müsste, um das Thema verwaltungsseitig effektiv angehen zu können.

Als Nächstes meldete sich KTM Gardeweg zu Wort und regte hinsichtlich der Problematik der langen Verweildauer an, einen Wohnberechtigungsschein zu generieren, der nicht nur kommunengebunden, sondern zeitgleich für alle kreisangehörigen Städte und Gemeinden Geltung hätte. Dabei stelle sie sich eine Art Warteliste mit einer gewissen Priorisierung vor. Frau Thiel erklärte, dass das Thema „Wohnberechtigungsscheine“ als ein Baustein in das Konzept einfließen könnte.

SkB Eichner trug vor, dass der vorliegende Antrag bereits zwei konkrete Ansätze beinhalte, denen sich die Verwaltung ohne Zuwarten widmen könnte. Zum einen könnte sie bei der Stadt Hennef erfragen, wie dort bezüglich der niederschwelligen Schutzangebote vorgegangen worden sei und prüfen, ob die dortige Vorgehensweise gleichermaßen auf andere Kommunen übertragbar wäre, z.B. durch die Einrichtung von Schutzräumen für mindergefährdete Personen durch das Aufstellen von Containern. Darüber hinaus könne die Verwaltung bereits die Möglichkeit der Aufstockung bereits vorhandener Schutzplätze, z.B. durch Anbauten oder das Aufstellen von Containern, prüfen. Insofern appellierte er an die Verwal-

12. Sitzung des Ausschusses für Soziales und Integration am 23.11.2023

TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.
-----	---------------------	-----------------------

tung, diese Punkte noch vor Errichtung eines Arbeitskreises anzugehen.

Auf die Nachfrage des KTM Mazur-Flöer zur Umsetzung eines interfraktionellen Arbeitskreises hin, schlug Herr Grünhage vor, dass die Verwaltung zunächst alle wertvollen Anregungen bündeln und gemeinsam abstimmen werde, wie die Angelegenheit effizient für Verwaltung und Politik gestaltet werden könne.

Im Folgenden ließ die Vorsitzende über den um die Bildung eines interfraktionellen Arbeitskreises erweiterten Antrag der CDU und GRÜNE abstimmen. Der Ausschuss fasste sodann folgenden Beschluss:

B.-Nr. 56/23 Die Verwaltung wird beauftragt, Handlungsoptionen für die Optimierung und Ausweitung des Schutzes von Frauen und Kindern im Rhein-Sieg-Kreis in einem Konzept zusammenzufassen und diese im Hinblick auf die zeitliche Umsetzbarkeit zu bewerten. Es wird ein interfraktioneller Arbeitskreis eingerichtet, der die Arbeit der Verwaltung unterstützen wird.

**Abst.- einstimmig
Erg.:**

2.2	Antrag der SPD-Fraktion vom 11.09.2023: Drittes Frauenhaus für den Rhein-Sieg-Kreis	
-----	---	--

Unter Bezugnahme auf die Ausführungen zum Tagesordnungspunkt 2.1 äußerte die Vorsitzende, dass sie die jüngsten Entwicklungen in der Sache erfreuen, weshalb ihre Fraktion den vorliegenden Antrag vertage.

**Abst.- vertagt
Erg.:**

3	Antrag des Vereins 'Frauen helfen Frauen Troisdorf e.V.' vom 18.10.2022 auf finanzielle Förderung der Nachsorge nach Frauenhausaufenthalt; hier: Aufhebung des Sperrvermerks	
---	--	--

Ohne Aussprache ließ die Vorsitzende nach Vorlage abstimmen. Der Aus-

12. Sitzung des Ausschusses für Soziales und Integration am 23.11.2023

TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.
-----	---------------------	-----------------------

schuss fasste sodann folgenden Beschluss:

B.-Nr. **Der Sperrvermerk für die Haushaltsmittel 2024 die für die Förderung der**
57/23 **Nachsorge nach Frauenhausaufenthalt vorgesehen sind (42.000 € für eine**
0,75 Stelle Erzieherin und 73.625 € für 1 Vollzeitstelle Sozialpädagogin)
wird aufgehoben.

Abst.- **einstimmig**
Erg.:

4	Antrag des Vereins Frauen helfen Frauen e.V. vom 29.09.2023 auf Übernahme von Sach- und Verwaltungskosten für die Nachsorge nach Frauenhausaufenthalt	
---	---	--

Da kein Beratungsbedarf bestand, ließ die Vorsitzende nach Vorlage abstimmen. Der Ausschuss fasste sodann folgenden Beschluss:

B.-Nr. **Über den Antrag wird im Rahmen der kommenden Haushaltsberatungen**
58/23 **für den Doppelhaushalt 2025/2026 entschieden.**

Abst.- **einstimmig**
Erg.:

5	Frauenhaus des Rhein-Sieg-Kreises; hier: neue Entgeltordnung	
---	--	--

Ohne Aussprache wurde nach Vorlage abgestimmt. Der Ausschuss fasste sodann folgenden Beschluss:

B.-Nr. **Der Ausschuss für Soziales und Integration empfiehlt dem Kreisausschuss,**
59/23 **folgenden Beschluss zu fassen:**

Die Entgeltordnung für das Frauenhaus des Rhein-Sieg-Kreises wird in der

12. Sitzung des Ausschusses für Soziales und Integration am 23.11.2023

TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.
-----	---------------------	-----------------------

beigefügten Fassung vom 26.10.2023 beschlossen**Abst.- einstimmig****Erg.:**

6	Förderung der Betreuungsvereine mit Sitz im Rhein-Sieg-Kreis	
---	--	--

Anmerkung:

Wie unter „Allgemeines und Geschäftsordnungsangelegenheiten“ behandelt, wird die Sitzung im TOP 6 von der stellv. Vorsitzenden, KTM Helmes, geleitet.

6.1	Förderung der Betreuungsvereine in den Jahren 2023 und 2024; hier: Aufhebung des Sperrvermerks	
-----	--	--

Vor Einstieg in den Tagesordnungspunkt begrüßte die stellvertretende Vorsitzende alle Anwesenden. Da kein Beratungsbedarf bestand, ließ sie über den in der Verwaltungsvorlage enthaltenen Beschlussvorschlag abstimmen. Der Ausschuss fasste sodann folgenden Beschluss:

**B.-Nr.
60/23**

Der Ausschuss für Soziales und Integration beschließt, den im Rahmen der Beratungen zum Doppel-Haushalt 2023/2024 im Teilprodukt 0.50.40.04 für eine Teil-Fördersumme von 70.000 € angebrachten Sperrvermerk aufzuheben.

Abst.- einstimmig**Erg.:**

6.2	Förderung der Betreuungsvereine; hier: Neufassung der Richtlinie zur Förderung der Betreuungsvereine mit Sitz im Rhein-Sieg-Kreis	
-----	---	--

Unter Verweis auf die Verwaltungsvorlage sprach KTM Haacke der Verwaltung seinen Dank für die aufwendige Neufassung der Richtlinien zur Förderung der Betreuungsvereine mit Sitz im Rhein-Sieg-Kreis aus. Ihm sei bewusst, dass sich

12. Sitzung des Ausschusses für Soziales und Integration am 23.11.2023		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

durch die Reform des Betreuungsrechts einiges geändert habe. Insofern sei eine Aktualisierung der veralteten Richtlinien der folgerichtige Schritt gewesen.

Den Dank gab Herr Grünhage an Frau Lübbert weiter, die sich als zuständige Abteilungsleiterin maßgeblich im Prozess eingebracht habe und in enger Kooperation mit den Betreuungsvereinen mit der Neufassung zu einem guten Ergebnis gekommen sei.

Im Folgenden ließ die stellvertretende Vorsitzende über den in der Verwaltungsvorlage enthaltenen Beschlussvorschlag abstimmen. Der Ausschuss fasste sodann folgenden Beschluss:

B.-Nr.
61/23

**Der Ausschuss für Soziales und Integration empfiehlt dem Finanzausschuss, dem Kreisausschuss folgenden Beschluss vorzuschlagen:
Der Kreisausschuss beschließt die „Richtlinie zur Förderung der Betreuungsvereine mit Sitz im Rhein-Sieg-Kreis“ in der beiliegenden Fassung.**

Abst.-
Erg.:

einstimmig

7	Stärkungspakt NRW - Stand der Umsetzung	
---	---	--

Die Vorsitzende äußerte, dass der Stärkungspakt NRW zwar entgegen der Ausführungen der Landesregierung mit einem enormen bürokratischen Aufwand verbunden gewesen sei und auch weiterhin ist, dieser aber dennoch in den schweren Zeiten eine gute Hilfe darstellte.

Auf die Nachfrage der SkB Stein hin, weshalb bloß 50 % der Mittel verplant worden seien, entgegnete Herr Grünhage, dass die Umsetzung des Stärkungspakts sowohl für die Verwaltung als auch für die Wohlfahrtsverbände und Vereine bisher mit einem erheblichen bürokratischen Aufwand verbunden gewesen sei. Innerhalb kürzester Zeit mussten die Mittel verplant werden, was zweifellos durch die enge und gute Zusammenarbeit mit den Wohlfahrtsverbänden funktioniert habe. In diesem Zuge dankte er neben den Verbänden und Vereinen Herrn Fey und seinen Mitarbeitern, die verwaltungsseitig am Stärkungspakt mitgewirkt haben. Hiernach betonte er, dass der Rhein-Sieg-Kreis mit einer Planungsquote von rund 50 % im guten Mittelfeld liege, da es

12. Sitzung des Ausschusses für Soziales und Integration am 23.11.2023		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

Kreise gebe, die die Mittel aufgrund unklarer Vorgaben nicht in Anspruch genommen hätten. Hinzukommend dürfe nicht außer Acht gelassen werden, dass durch die Arbeit am Stärkungspakt NRW Personal gebunden worden sei, welches im Jahresplan anders vorgesehen war. Insofern könne sich das Ergebnis sehen lassen.

Abschließend wies er darauf hin, dass die Mittel bis Jahresende verausgabt sein müssen. Demgemäß stehen die Wohlfahrtsverbände nun vor der Herausforderung, die Mittel zweckdienlich auszuschöpfen, um sie nicht ans Land zurücküberweisen zu müssen.

Die Frage der SkB Stein, ob verwaltungsseitig eine kritische Rückmeldung zum Stärkungspakt NRW an das Land erfolgt sei, bejahte er.

8

Kommunales Integrationsmanagement (KIM) - Aktuelle Entwicklungen	
--	--

Vor Einstieg in die geplante Präsentation begrüßte die Vorsitzende Herrn Wolski, der als einer der Koordinatoren im Bereich des „Kommunalen Integrationsmanagements (KIM)“ nachfolgend über die neusten Entwicklungen in der Sache berichten werde.

Frau Dinstühler wies zuvor auf einen Fehler in der Verwaltungsvorlage in Bezug auf die Stellenbesetzungen hin, der im Rahmen der Niederschrift berichtet werde. An entsprechender Stelle fehle das Personal der Stadt Troisdorf, da der Fokus auf die Mitarbeitenden der Kreisverwaltung gelegt worden sei.

Anschließend übergab sie Herrn Wolski das Wort, der unter Verwendung der als Anlage 1 beigefügten Präsentation zunächst die Aufgabenschwerpunkte des Moduls 2, dem Case Management, vorstellte. Neben allgemeinen Beratungen und Verweisberatungen zum System, befasse sich das Case Management außerdem mit dem Netzwerkaufbau in den Kommunen. Zu den Beratungsinhalten wird auf die Grafik in der Folie 2 verwiesen, die im 1. Halbjahr 2023 die Schwerpunkte „Sprache“, „Lebensunterhalt“ und „Aufenthalt“ hatten. Zu beachten sei, dass in der Grafik Fälle und keine einzelnen Beratungen abgebildet seien.

Herr Wolski fuhr damit fort, dass in diesem Jahr im Bereich des Case Managements ein Meilenstein erreicht worden sei. Neben den klassischen Aufgaben unterstützten die Case Managerinnen und Case Manager die Kommunen bei den Neuzuweisungen im Rhein-Sieg-Kreis vor Ort und führten Erstberatungen unter anderen mit den ukrainischen Kreisgeflüchteten, Drittstaatsan-

12. Sitzung des Ausschusses für Soziales und Integration am 23.11.2023		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

gehörigen sowie den Erdbebenopfern aus der Türkei und Syrien durch. Darüber hinaus seien die Case Managerinnen und Case Manager in das Chancen-Aufenthaltsrecht eingearbeitet worden.

Zu den in diesem Jahr stattgefundenen Terminen wird auf die Folie 4 verwiesen.

Unter Verweis auf die Folie 5 schilderte Herr Wolski, dass das Case Management an der Entwicklung einer landesweiten Fachdatenbank KIM beteiligt sei, die ab nächstem Jahr in Betrieb genommen werden soll.

Ein weiterer Arbeitsschwerpunkt stelle die Projektarbeitsgruppe „Delfin 4“ dar, die in der letzten Sitzung der Lenkungsgruppe am 13.09.2023 beschlossen worden sei (Folie 6). Diese befasse sich mit der Klärung der Einrichtung von Sprachförderangeboten für Vorschulkinder mit nachgewiesenem Sprachförderbedarf. Ein erstes Auftaktgespräch mit Vertretungen der Jugendämter, des Kreisgesundheitsamtes, des Kreisschulamtes sowie der Unteren Schulaufsicht sei im Januar geplant. In diesem Zusammenhang informierte er darüber, dass sich das KIM-Team in den letzten Wochen intensiv mit dem Thema „Zugänge zum frühkindlichen Bildungssystem“ befasst habe. Hier habe sich die Informationslage allgemein verbessert; einerseits durch das umfassende Integrationsportal im Internet, aber auch durch Informationsmaterial, das in acht Sprachen übersetzt worden sei. Darüber hinaus sei eine E-Mail-Aktion durchgeführt worden, in deren Rahmen lokale Integrationsakteure eine Art „Schritt-für-Schritt-Anleitung“ zum richtigen Vorgehen erhalten haben.

Zur Fortschreibung des KIM-Konzeptes durch das Modul 1 wird auf die Folie 7 verwiesen. Die ersten drei Treffen thematisch unterschiedlicher Konzeptarbeitsgruppen seien Anfang Dezember geplant. Hierbei soll es insbesondere um die Themen „Wohnen“, „Arbeitsmarkt“ und „Bildung von Kindern im Alter zwischen 0 und 6 Jahren“ gehen.

Bezugnehmend auf die Folie 8, die sich mit der KIM-Evaluation 2022 bis 2025 befasst, führte Herr Wolski kurz aus, welchen drei Evaluationen das KIM-Team unterliege.

Bei den beiden Landesevaluationen werden mittels Befragungen quantitative sowie qualitative Erhebungen durchgeführt, die sich auf die System- und Fall-ebene beziehen. Die Ergebnisse hierzu stehen zurzeit noch aus.

Daneben werde eine interne Evaluation durchgeführt, die auf einer Beauftragung der Verwaltung im hiesigen Ausschuss beruhe und sich auf einen Zeitraum von Mai 2022 bis Dezember 2023 erstrecke. Inhalte seien die Umsetzung der Module 1 und 2 sowie das „Finanzsharing“. Die Ergebnisse hierzu sollen in der nächsten Ausschusssitzung am 28.02.2023 präsentiert werden.

12. Sitzung des Ausschusses für Soziales und Integration am 23.11.2023		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

Im Anschluss an den Vortrag erkundigte sich SkB Diegeler-Mai unter Bezugnahme auf die Grafik auf der Folie 2 danach, ob sich hinter den betragsmäßig ähnlichen Fallzahlen zur „Sprache“ und „Lebensunterhalt“ die gleichen Personen befinden. Frau Dinstühler erklärte, dass dies nicht zwingend der Fall sei. Da weit über 1.000 Beratungen im ersten Halbjahr 2023 durchgeführt worden seien, seien Mehrfachnennungen nicht auszuschließen. Dabei sei zu beachten, dass die Fälle zwar vom Case Management aufgenommen wurden, die Beratungen aber auch häufig in Zusammenarbeit mit den Wohlfahrtsverbänden erfolgt seien und auch Verweisberatungen einfließen, die vom Jugendmigrationsdienst und der Migrationserstberatung angestoßen wurden.

Abschließend nutzte die Vorsitzende die Gelegenheit, Herrn Wolski für den informativen Vortrag zu danken.

Anmerkung der Verwaltung:

Im Hinblick auf die von der Kreispolitik genehmigten Vollzeitäquivalente in den drei Modulen sind die Programmstellen bei der Kreisverwaltung aktuell wie folgt besetzt:

- *Modul I „Koordination“ mit 3 Vollzeitäquivalenten (VZÄ): 2,5 VZÄ KIM Koordination (3 Personen) und 0,5 VZÄ KIM Verwaltungsassistenz (1 Person);*
- *Modul II „Case Management (CM)“ mit 10 VZÄ: 1 VZÄ CM-Koordination (1 Person), 7 VZÄ CM (9 Personen in 14 Kommunen vor Ort) und 2 VZÄ CM MuKi-S (Multilinguale Kindergartenkinder mit Sprachauffälligkeiten) (2 Personen)*
- *Modul III „Ausländerbehörde (ABH)/Einbürgerungsbehörde (EBH)“ mit 2 VZÄ (von insgesamt 3 VZÄ): ABH: 1 VZÄ vakant, EBH: 2 VZÄ (2 Personen)*

Hinzu kommen 1 VZÄ KIM Koordination (1 Person), 1 VZÄ Case Management (1 Person), 1 VZÄ ABH (1 Person) und 1 VZÄ EBH (1 Person) in Troisdorf. Alle anfallenden Eigenanteile werden für diese vier VZÄ von der Stadt Troisdorf übernommen.“

9	Vorstellung der diesjährigen Arbeit des Runden Tisches gegen häusliche Gewalt	
---	---	--

Eingangs begrüßte die Vorsitzende Frau Milde, die als Gleichstellungsbeauftragte des Rhein-Sieg-Kreises die diesjährige Arbeit des Runden Tisches gegen häusliche Gewalt (nachfolgend: Runder Tisch) vorstellen werde.

12. Sitzung des Ausschusses für Soziales und Integration am 23.11.2023

TOP

Beratungsgegenstand

Vorlagen-/Antrags-Nr.

Unter Verweis auf das den Ausschussmitgliedern vorliegende Handout (Anlage 2) stellte Frau Milde kurz die Ziele des Runden Tisches vor: die Ächtung von häuslicher Gewalt, die Verbesserung des Schutzes, die Etablierung verlässlicher Hilfestrukturen und die Entwicklung von Standards für die Vernetzungsarbeit. Auf der nächsten Seite sei das institutionelle Netzwerk dargestellt, wozu das in der Mitte abgebildete Organisationsteam zähle. Dieses bestehe aus Mitarbeitenden der Frauenberatungsstellen und Frauenhäuser im Rhein-Sieg-Kreis, dem Jugendamt, der Polizei sowie der Kreisgleichstellungsstelle und steuert bzw. koordiniert das Netzwerk. Frau Milde äußerte, es sei erfreulich, dass sich die Arbeit im Netzwerk über die letzten 20 Jahre bewährt habe, was sich beispielsweise anhand der kontinuierlichen Zunahme der proaktiven Beratungen zu häuslicher Gewalt durch die polizeiliche Vermittlung erkennen lasse. Die Beratungen der Frauenzentren Troisdorf und Bad Honnef bei häuslicher Gewalt steigen kontinuierlich, 2022 seien es ca. 250-300 Fälle gewesen. Gleichwohl machte sie auf die Problematik aufmerksam, dass das Thema „häusliche Gewalt“ aufgrund der in den Fällen agierenden unterschiedlichen Institutionen bzw. Professionen auch unterschiedlich betrachtet und angegangen werde. Entsprechend gebe es viele Ansprechpersonen, was insbesondere für die Betroffenen schwer zu greifen sei. Hinzukommend sei aufgrund des Ausscheidens erfahrener Fachkräfte und dem zu verzeichnenden zunehmenden Arbeitsaufkommen mit einem nicht zu unterschätzendem Qualitäts- bzw. Wissensverlust zu rechnen. Diesem Umstand soll zwar mit Schulungen entgegengewirkt werden, allerdings sei die ganz besondere Dynamik häuslicher Gewalt grundsätzlich vielen neuen Fachkräften nicht bekannt.

Frau Milde betonte, dass das Organisationsteam weder Unterstützung vom Land noch vom Bund erfahre und vielmehr aus eigenen Kräften heraus agiere. So gebe es keine strategischen Vorgaben und Kontrollen, wie und an welchen Themen gearbeitet werden sollte, z.B. um auch jenen vulnerablen Zielgruppen, wie Frauen mit Behinderung o.ä., besser begegnen zu können. Ein wichtiger Baustein in der Arbeit des Runden Tisches stelle die Istanbul-Konvention dar. Dabei handle es sich um einen völkerrechtlichen Vertrag, der den Schutz von Frauen und Kindern zum Gegenstand habe und als Bundesrecht seit 2018 auch in Deutschland gelte. Frau Milde schilderte, dass Deutschland aufgrund der mangelnden Umsetzung der Istanbul-Konvention im letzten Jahr vom Expertenausschuss des Europarates (Grevio) gerügt worden sei. Dabei gebe es allerdings unterschiedliche Auffassungen darüber, inwieweit dies die regionalen Koordinierungsstellen, zu denen der Runde Tisch zähle, betrifft. U. a. fordere Grevio, die bereits bestehenden Mechanismen zu verstärken und auszubauen, die darauf abzielen, die Koordinierung der auf den verschiedenen Regierungsebenen durchgeführten Maßnahmen zu verbessern, um eine besser strukturierte und kontinuierliche Zusammenarbeit zwischen den zuständigen Stellen zu erreichen. Ein enger Austausch mit anderen Kreisen in Nordrhein-

12. Sitzung des Ausschusses für Soziales und Integration am 23.11.2023		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

Westfalen, aber auch mit Netzwerken, z.B. der Südpfalz, so Frau Milde weiter, finde bereits statt. Ferner tage im Dezember eine Arbeitsgruppe im Landkreistag, wo u.a. auch auf diese Thematik und auf fehlende Standards hingewiesen werden soll.

Zu den verschiedenen Säulen der Arbeit des Runden Tisches wird auf das beigefügte Handout verwiesen. Im Hinblick auf die Säule „Fortbildungen“ sei hervorzuheben, dass in diesem Jahr mit einer Fachschulung beim Landgericht Bonn zum Thema „häusliche Gewalt“, an dem 15 Familienrichterinnen und Familienrichter teilnahmen, ein Meilenstein erreicht worden sei. Ein grundsätzliches Problem bestehe nämlich darin, dass das Umgangsrecht in den Familiengerichten regelmäßig den Gewaltschutz aushebele, sodass gewalttätigen Vätern häufig später im familiengerichtlichen Verfahren ein Umgangsrecht zugesprochen werde. Hinsichtlich der Öffentlichkeitsarbeit verwies Frau Milde auf die den Ausschussmitgliedern ausgehändigte „Notfallkarte“, die durch Landesfördermittel ermöglicht worden sei und die wichtigsten Ansprechpartner für Fälle häuslicher Gewalt beinhalte. Über 10.000 Exemplare werden nun im Rhein-Sieg-Kreis verteilt.

Als Nächstes berichtete Frau Milde über die in diesem Jahr stattgefundenen Veranstaltungen, die dem Handout zu entnehmen seien. Dabei hob sie den am 11.12.2023 geplanten Fachvortrag „Täterstrategien und Perspektiven in der Zusammenarbeit“ mit Roland Hertel, einem erfahrenen Täterberater, besonders hervor. Dieser werde in seinem Vortrag unter anderem über Risiko einschätzungen anhand von Verhaltensindikatoren von Gefährdern sprechen.

Darüber hinaus verkündete Frau Milde mit Freude, dass das Thema „Orange Bank gegen Gewalt im Rhein-Sieg-Kreis“ weiterhin im Rahmen der Öffentlichkeits- und Präventionsarbeit vorangetrieben werde und erst mittags eine orange Bank vor dem Amtsgericht in Siegburg aufgestellt worden sei. Hinzukommend beinhalte das Handout ein Foto (rechts), das Frau Milde mit Lehrkräften, Schülerinnen und Schülern des Carl-Reuther-Berufskollegs und der Gesamtschule Lohmar am Ende einer gemeinsamen Radtour am Weltfahrradtag abbilde, die zwei orange Bänke zum Ziel hatte.

Abschließend bewarb sie die morgige Fotoausstellung „Die Wut ist weiblich“ im Foyer, die mit einer Lesung „Was Männer kosten“ mit Boris von Heesen verbunden sei.

Anschließend dankte die Vorsitzende Frau Milde für den informativen Bericht und das im Laufe der letzten 20 Jahre gezeigte Engagement in der Sache. Sie und ihr Team könne stolz auf die Arbeit des Runden Tisches sein.

Hieran knüpfte KTM Mazur-Flöer an und sprach Frau Milde im Namen aller Anwesenden ihren Dank für die wertvolle Arbeit und den Einsatz aus.

12. Sitzung des Ausschusses für Soziales und Integration am 23.11.2023		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.
-----	---------------------	-----------------------

Als Nächstes erkundigte sich SkB Stein danach, ob sich seit der Berichterstattung zur Anonymen Spurensicherung (ASS) in einer der vergangenen Ausschusssitzungen etwas getan hätte. Seinerzeit sei darüber berichtet worden, dass es kaum Ärzte gebe, die diese Art von Untersuchung vornehmen. Frau Milde schilderte, dass das Problem leider fortbestehe und es immer wieder Änderungen bei der Unterstützung durch Kliniken gebe. Zurzeit habe sich die GFO-Klinik neben Bonner Kliniken zu derartigen Untersuchungen bereit erklärt. Der Arbeitskreis „Opferschutz“ befasse sich seit 2015 regelmäßig mit dem Thema. Perspektivisch seien hier jedoch landesweite Verbesserungen zu erwarten.

Auf die zweite Nachfrage hin, was eine Hochrisikogruppe sei, erklärte sie, dass in jedem Einzelfall die Gefährdungslage zu klären sei und damit einhergehend die Unterbringungsmöglichkeit in einem nicht anonymisierten Frauenhaus. So bestehe insbesondere in akuten Trennungssituationen das erhöhte Risiko von sog. Femiziden.

KTM Grünewald schloss sich dem Dank ihrer Vorredner an. Hinsichtlich der Missstände rund um die Umsetzung der Istanbul-Konvention regte sie an, sich die Summe aller Gleichstellungsbeauftragten zu Nutze zu machen und mit einer einheitlichen Strategie an die Landes- bzw. Bundesregierung heranzutreten, um dort Gehör zu erlangen. Darüber hinaus bat sie darum, die niederschweligen digitalen (Beratungs-)angebote weiterhin beizubehalten, da diese während der Pandemie, wahrscheinlich auch aufgrund der gebotenen Anonymität, gerne in Anspruch genommen wurden. Abschließend äußerte sie, die Gleichstellung in der Gesellschaft stelle einen wichtigen Schlüssel dar, um das Thema weiter voranzutreiben. Insofern unterstütze sie die Arbeit des Runden Tisches und begrüße die regelmäßige Berichterstattung im Ausschuss.

Die Vorsitzende schloss den Tagespunkt, indem sie Frau Milde im Namen aller Anwesenden ihren größten Respekt für ihren Einsatz und die wertvolle Arbeit aussprach.

10	Mitteilungen und Anfragen	
----	---------------------------	--

Frau Thiel wies eingangs darauf hin, dass die Verwaltung folgende politischen Anfragen schriftlich beantwortet habe:

- Anfrage der Gruppe „Volksabstimmung“ vom 21.09.2023 zum Thema „Beseitigung der Hindernisse bei der Arbeitsaufnahme von Schutzsuchenden aus der Ukraine“ (am 29.09.2023 beantwortet; siehe Anlagen

12. Sitzung des Ausschusses für Soziales und Integration am 23.11.2023

TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.
-----	---------------------	-----------------------

3.1 und 3.2)

- Anfrage der FDP-Kreistagsfraktion vom 06.10.2023 zum Thema „Abrechnung von Nebenkosten bei Vermietung über das Jobcenter“ (am 27.10.2023 beantwortet; siehe Anlagen 4.1 und 4.2)

Hiernach stellte sie Frau Dzikus als neue stellvertretende Schriftführerin im hiesigen Ausschuss vor. Abschließend wies sie darauf hin, dass den Ausschussmitgliedern zwischenzeitlich die Sitzungstermine für das nächste Jahr zugegangen seien und die Pflegeplanung 2023/2024 auf der Homepage des Rhein-Sieg-Kreises sowie in „Session-Net“ eingesehen werden könne.

Ende des öffentlichen Teils

12. Sitzung des Ausschusses für Soziales und Integration am 23.11.2023		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

Nichtöffentlicher Teil

11	Mitteilungen und Anfragen	
----	---------------------------	--

Es wurden keine Mitteilungen oder Anfragen vorgetragen.

gez.
Katja Ruiters
Vorsitzende

gez.
Nadine Klein
Schriftführerin